

ANFRAGE von Nik Gugger (EVP, Winterthur), Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht) und Thomas Marthaler (SP, Zürich)

betreffend Cyber-Crime-Abteilung ist trotz 20 Stellen relativ «ohnmächtig»

Wir bitten den Regierungsrat mögliche Schritte aufzuzeigen, damit der Kanton Zürich gewährleisten kann, dass genügend Ressourcen und Möglichkeiten bestehen, um Cyber-Crime-Tatbestände effizienter zu verfolgen.

Die Unterzeichnenden wurden alle in den Sommerferien vom gleichen FB-Profil belästigt, welches bis heute nicht gelöscht wurde, trotz zahlreicher Anzeigen. In unserem Namen und mit Angabe unserer Funktion als Kantonsräte wurden Bettelemails an sämtliche Email-Kontakte verschickt, siehe Tagesanzeiger vom 23.8.2017.

Den Internet-Usern wird heutzutage bewusst, dass sie auch bei kritischem Überprüfen aller Anfragen und Emails nicht gegen Missbrauch gefeit sind.

Betrugsfälle im Internet nehmen gemäss Kantonspolizei Zürich immer mehr zu und es kann uns alle treffen. Die Täter gehen immer subtiler vor.

Solche und ähnliche Betrugsfälle häufen sich. Dabei machen sich die Täter u.a. des (versuchten) Betrugs nach Art. 146 StGB und der unbefugten Datenbeschaffung nach Art. 143 StGB strafbar. Die Kantonspolizei verfügt über eine spezielle Cyber-Crime-Abteilung und dennoch sind sie in den meisten Fällen machtlos. Denn heute ist es bei solchen international vernetzten Tatbeständen sehr schwierig, die Personen z.B. via IP-Adresse ausfindig zu machen.

Auch bei den Netzwerken und Providern wie Facebook, Google oder Windows gibt es nur allgemeine Meldeformulare und keine Kontaktpersonen. Man kann froh sein, wenn das Ganze überhaupt geprüft wird. Hier müsste die Cyber-Crime-Abteilung der Kapo Zürich rigorosere vorgehen können.

Fakt ist: Die Tatbestände nehmen zu und können verheerende Ausmasse annehmen. Der Schaden kann immens sein. Umso wichtiger ist, dass die Legislative und die Gerichte diese zunehmende Gefahr erkennen und entsprechende Mittel bereitstellen. Sobald sich die Täterin oder der Täter im Ausland befindet, braucht es beispielsweise Rechtshilfesuche. Diese werden nach heutigem Gesetzesstand aufgrund des Aufwandes erst bei sehr grossem Schaden durchgesetzt. Es ist höchste Zeit, dass in Cyber-Crime-Fällen massiv strenger vorgegangen wird.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. An welche Stellen können sich Cyber-Crime-Opfer im Kanton Zürich wenden?
2. Welche Möglichkeiten gibt es, um bspw. der Kantonspolizei im Bereich Cyber-Crime mehr Ressourcen/Handlungsspielraum zu erteilen?
Evtl. auch mittels Fachkräften aus der Armee? (Bundesrat Guy Parmelin hat auch schon Ähnliches gefordert, hier müsste bewusst besser vernetzt werden.)
3. Was gedenkt die Cyber-Crime-Abteilung in Zukunft zu tun, damit sie nicht ohnmächtig nur den verwischten IP-Spuren nachrennt?
4. Arbeitet die Kapo ZH mit den Banken und Telefonkonzernen zusammen, welche eigene, sehr gute Cyber-Crime-Abteilungen haben?

Nik Gugger
Nina Fehr Düsel
Thomas Marthaler